

Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand durch die Neufassung des § 2b UStG

- Entscheidung über die Ausübung eines Optionsrechtes für die Jahre 2017 – 2020

Durch das Steueränderungsgesetz 2015 wurde die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand komplett neu ausgerichtet. Mit dem Wirksamwerden der gesetzlichen Neuregelung ab den 1. Januar 2017 wird die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand nicht mehr vom Vorliegen eines Betriebes gewerblicher Art (BGA) abhängig gemacht, sondern nur noch von der Entfaltung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen. Das Erreichen von in der Körperschaftssteuerrichtlinie festgelegten Umsatzgrenzen (derzeit 35.000 € im Jahr), spielt bei der Beurteilung der Unternehmereigenschaft einer juristischen Person des öffentlichen Rechts keine Rolle mehr. Die Städte und Gemeinden können daher auch mit ihren sogenannten Bagatelltätigkeiten künftig der Umsatzbesteuerung unterliegen. Das Gleiche gilt für die bisher von der Umsatzsteuer befreite Vermögensverwaltung, z.B. bei Vermietungs- und Verpachtungstätigkeiten.

In § 27 Abs. 22 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) hat der Gesetzgeber allerdings den juristischen Personen des öffentlichen Rechts ein Wahlrecht eingeräumt, die Anwendung der gesetzlichen Neuregelung bis 31. Dezember 2020 aufzuschieben. Um dieses Wahlrecht wirksam ausüben zu können, muss allerdings bis spätestens 31. Dezember 2016 (Ausschlussfrist) eine entsprechende schriftliche Erklärung beim zuständigen Finanzamt eingehen.

Konkrete Anwendungsrichtlinien zu der neuen Umsatzsteuervorschrift liegen bisher nicht vor, so dass die exakten Auswirkungen noch nicht voll umfänglich vorhergesagt werden können. Ob es weiterhin Bagatellgrenzen geben wird ist beispielsweise offen. Auswirkungen könnte die Neuregelung für den Bereich der Stadt Gammertingen nach einer ersten Einschätzung der Verwaltung in folgenden Bereichen haben:

1. Vermietung in Bürgerhäusern
2. Verkauf von Stammbüchern im Standesamt
3. Marktgebühren
4. Kameradschaftskasse der Feuerwehr (Einnahmen aus Festbetrieb)
5. Fischwasserverpachtung
6. Jagdverpachtung durch die Jagdgenossenschaft
7. Essensverkauf in den Schulmensen

Bereits jetzt werden die städtische Wasserversorgung, die Schwimmhalle sowie die städtischen Kulturveranstaltungen (Open-Air-Kino, Jazz, City-Fest usw.) als Betriebe gewerblicher Art geführt. Bei diesen Betrieben ergeben sich durch die Neufassung des § 2a UStG keine Veränderungen.

Die gesetzliche Neuregelung führt allerdings auch dazu, dass für die Bereiche der bisher nicht steuerbaren Vermögensverwaltung, künftig Vorsteuern geltend gemacht werden können. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass in diesen Bereichen dann auch nennenswerte steuerliche Umsätze anfallen. Generell gilt es die Bereiche zu identifizieren, die nach der Neuregelung gegenüber dem bisherigen Zustand, unter

die Umsatzbesteuerung fallen. Insbesondere dort, wo größere Investitionen anstehen, sollte die Möglichkeit der Erlangung des Vorsteuerabzuges geprüft und gegebenenfalls durch die vorzeitige (vor 1. Januar 2021) Anwendung der Neuregelung, die Voraussetzung zur Erlangung des Vorsteuerabzuges, geschaffen werden.

Spätestens mit Baubeginn der Stadt-/Kulturhalle erscheint die gesetzliche Neuregelung für uns von Vorteil. Ohne solche größeren Investitionen ist tendenziell das alte Steuerrecht für die meisten Kommunen, so auch für uns, von Vorteil. Insofern sollte nach Ansicht der Verwaltung zumindest für das Jahr 2017 zunächst die Option zur Beibehaltung des alten Rechts ausgeübt werden. Diese Optionserklärung gilt dann bis zu einem eventuellen Widerruf. Die Verwaltung wird rechtzeitig im Laufe des Jahres 2017 zusammen mit dem Steuerberater prüfen, ob diese Erklärung gegebenenfalls zum 1. Januar 2018 widerrufen werden sollte.

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird aufgefordert, bis spätestens 31. Dezember 2016 dem zuständigen Finanzamt, die Optionserklärung zur vorläufigen Weiteranwendung des alten Steuerrechtes, abzugeben.